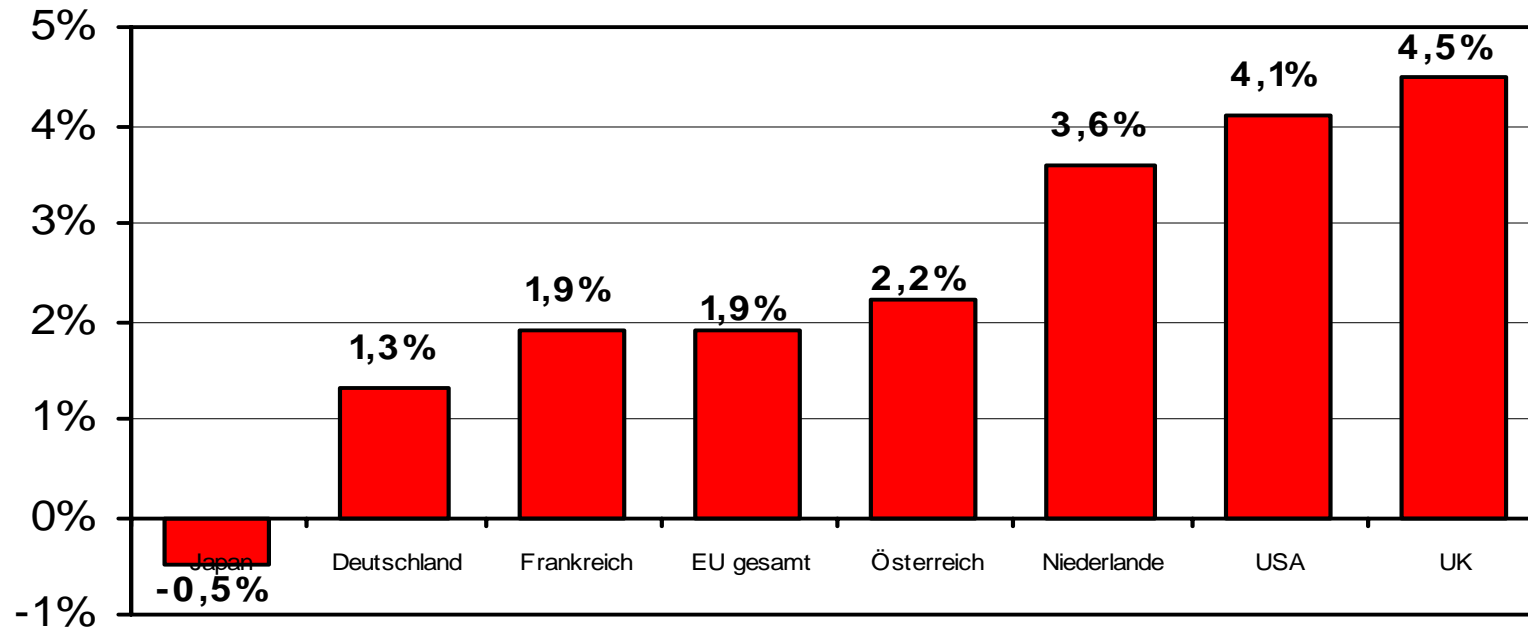


Vorbereitung Tarifrunde 2005



Wirtschaftspolitische Situation

Lohnkostensteigerungen in Deutschland am geringsten



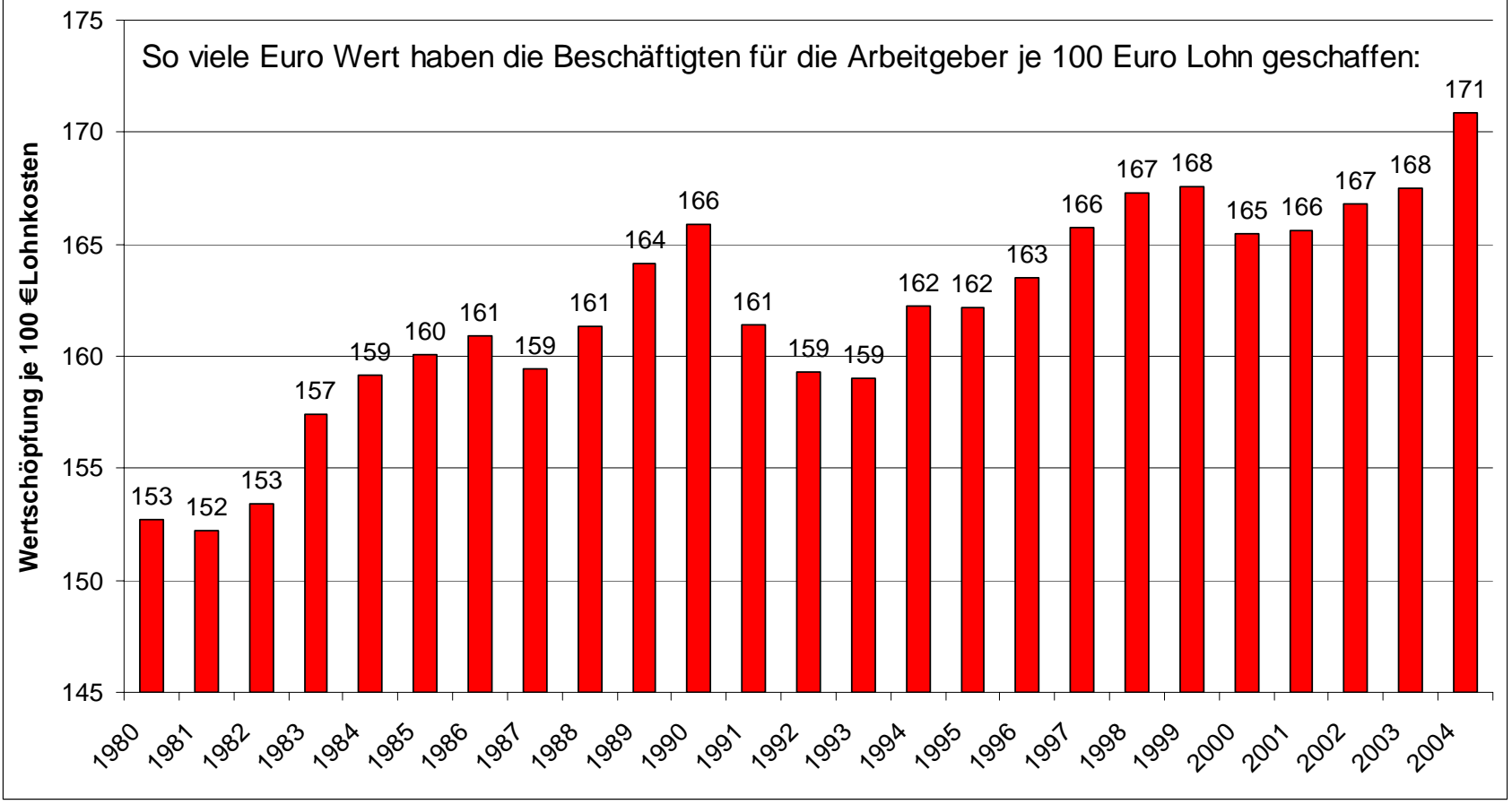
1996 bis 2004 stiegen die Lohnkosten je Beschäftigtem in der Privatwirtschaft in Deutschland nur um durchschnittlich 1,3 % im Jahr und damit viel weniger als in den meisten anderen Industrieländern. Mehr Beschäftigung gebracht hat das nicht – im Gegenteil.

Quelle: OECD Economic Outlook No. 76/2004; ver.di Wortschaftspolitik



Immer mehr Wertschöpfung für den Lohn

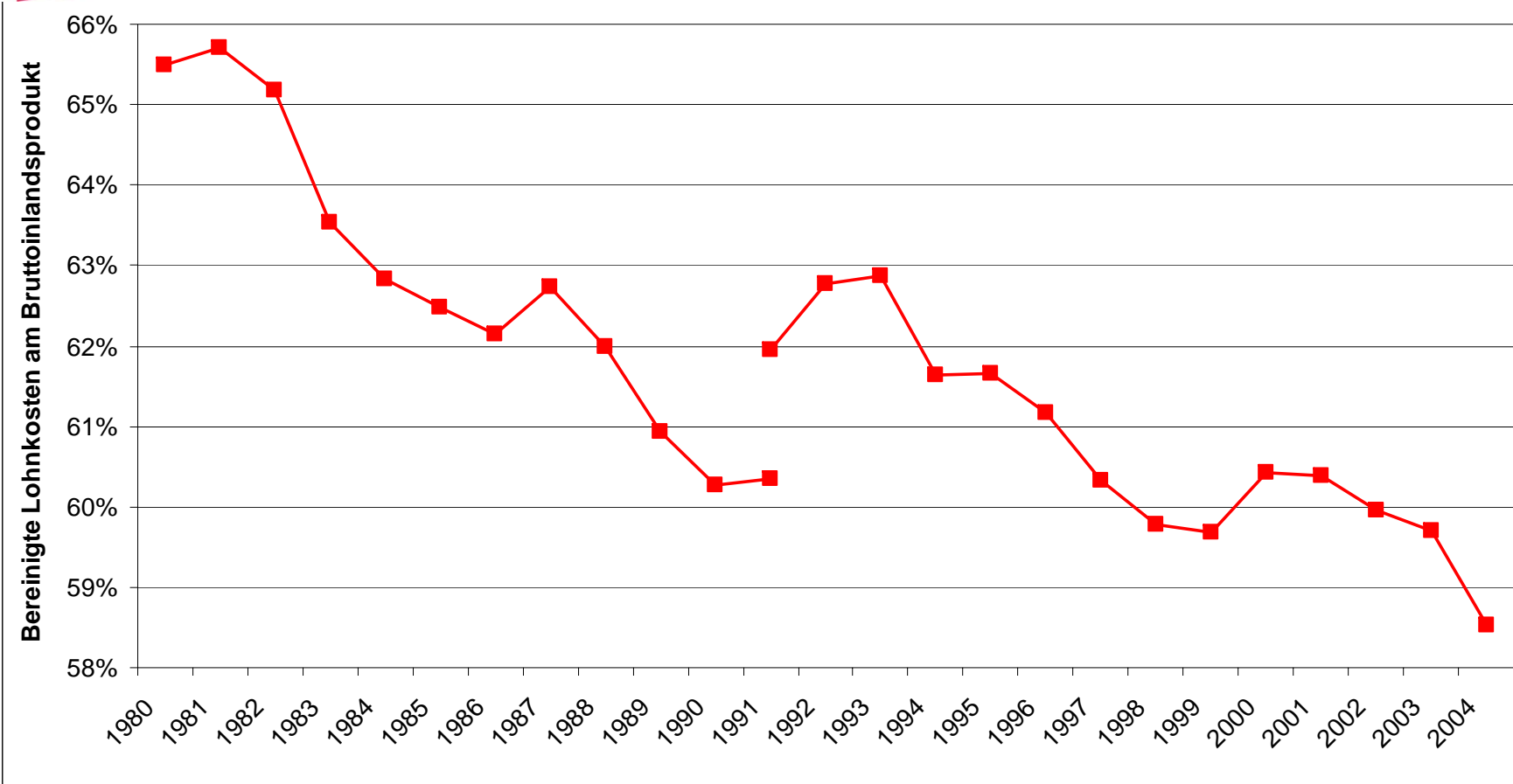
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik





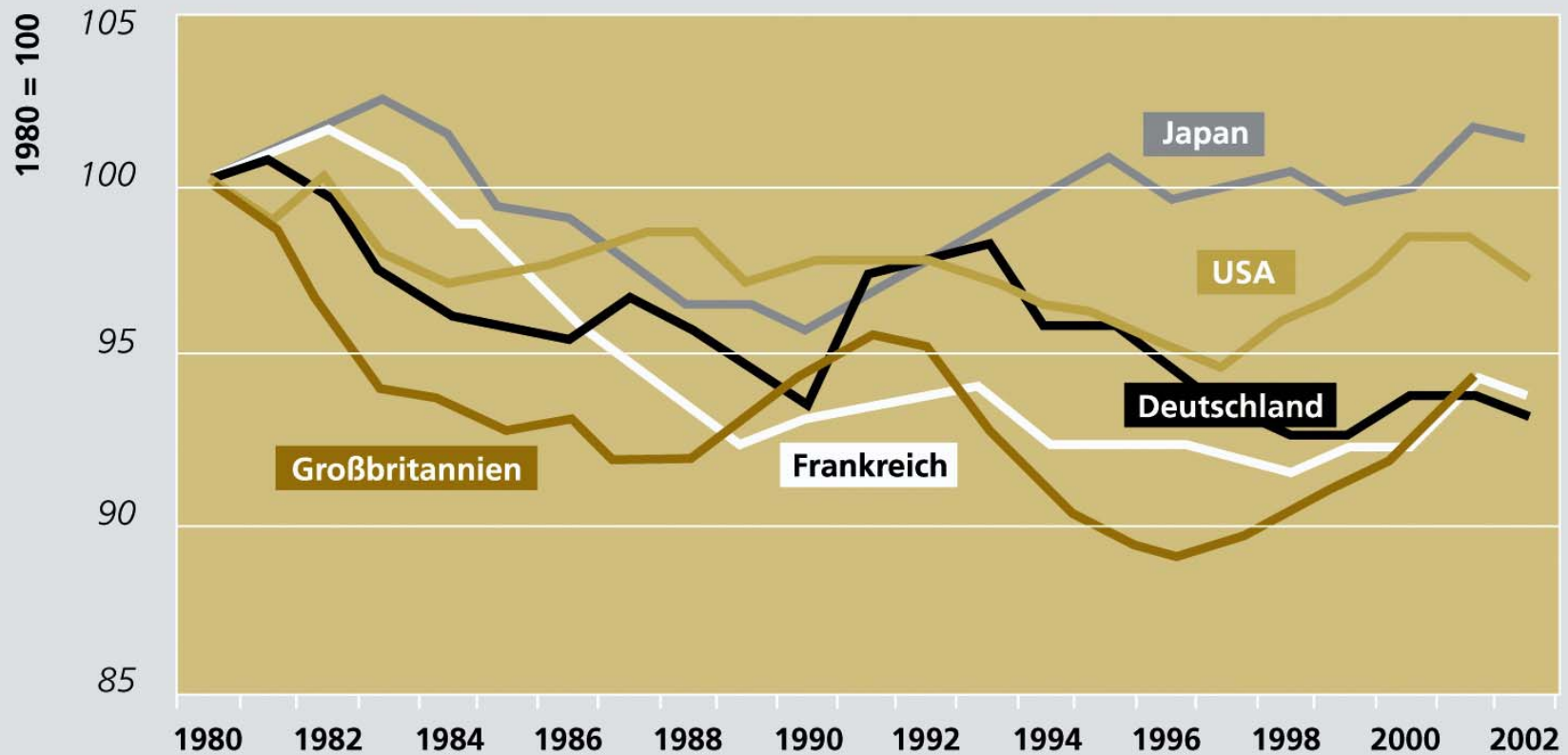
Reale Lohnstückkosten / Reallohnposition

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

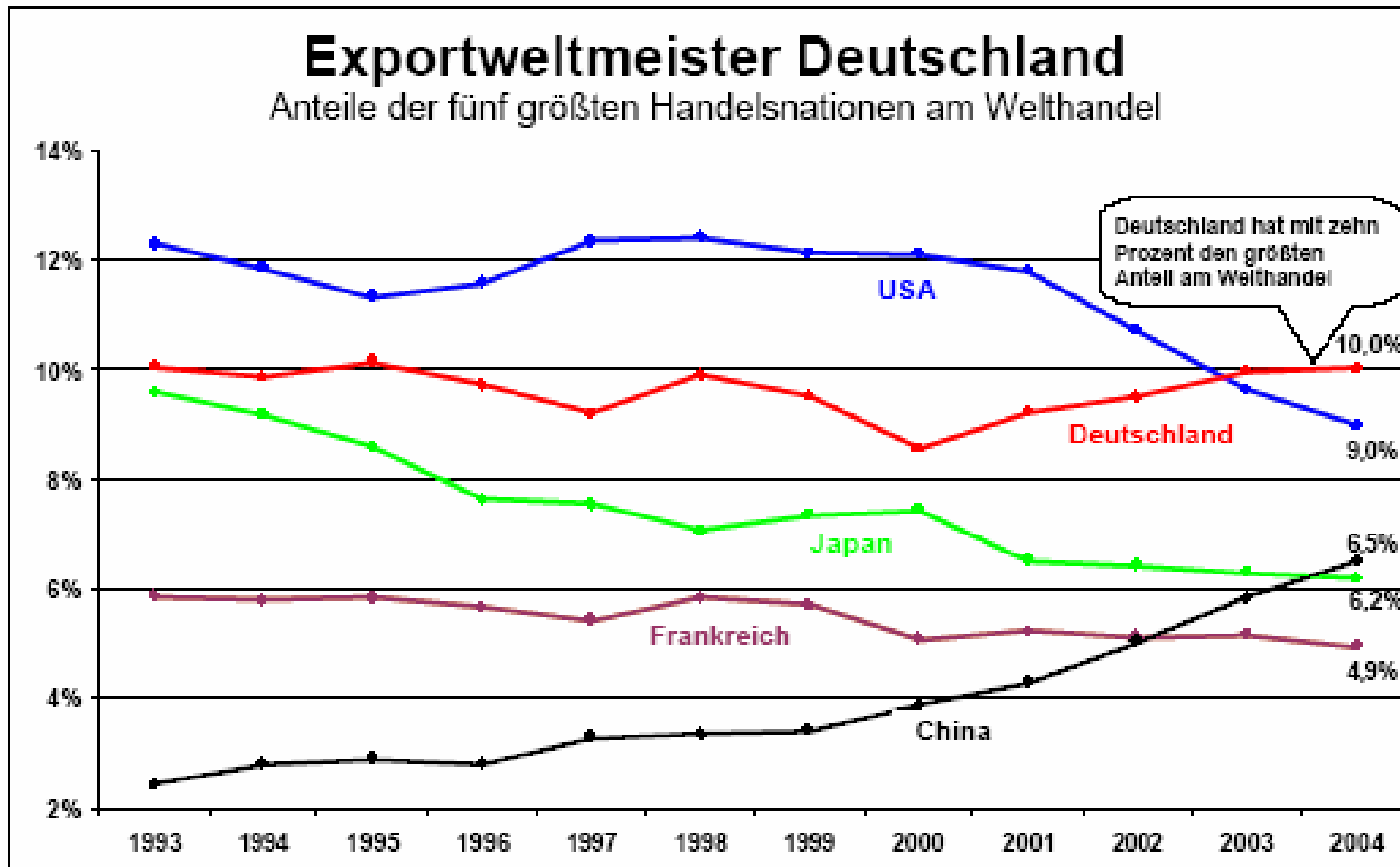


Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnungen, bis 1991: alte Länder

Reale Lohnstückkosten 1980 bis 2002



In Deutschland sind die Lohnstückkosten nach einem kurzen Anstieg Anfang der 1990er Jahre ständig gefallen. Demgegenüber sind sie in anderen großen Industrieländern im Trend gestiegen.



Deutschland ist 2004 wieder Exportweltmeister geworden. Wie bereits 2003. Damit liegt Deutschland vor den USA, obwohl dort dreimal so viele Beschäftigte arbeiten. Zu hohe Löhne? Fehlanzeige! Mit zu hohen Löhnen könnte Deutschland niemals Exportweltmeister sein.

Die Lohnerhöhungen gehören seit Jahren zu den niedrigsten in Europa. Deutschland hat kein Kostenproblem, sondern ein Nachfrageproblem!

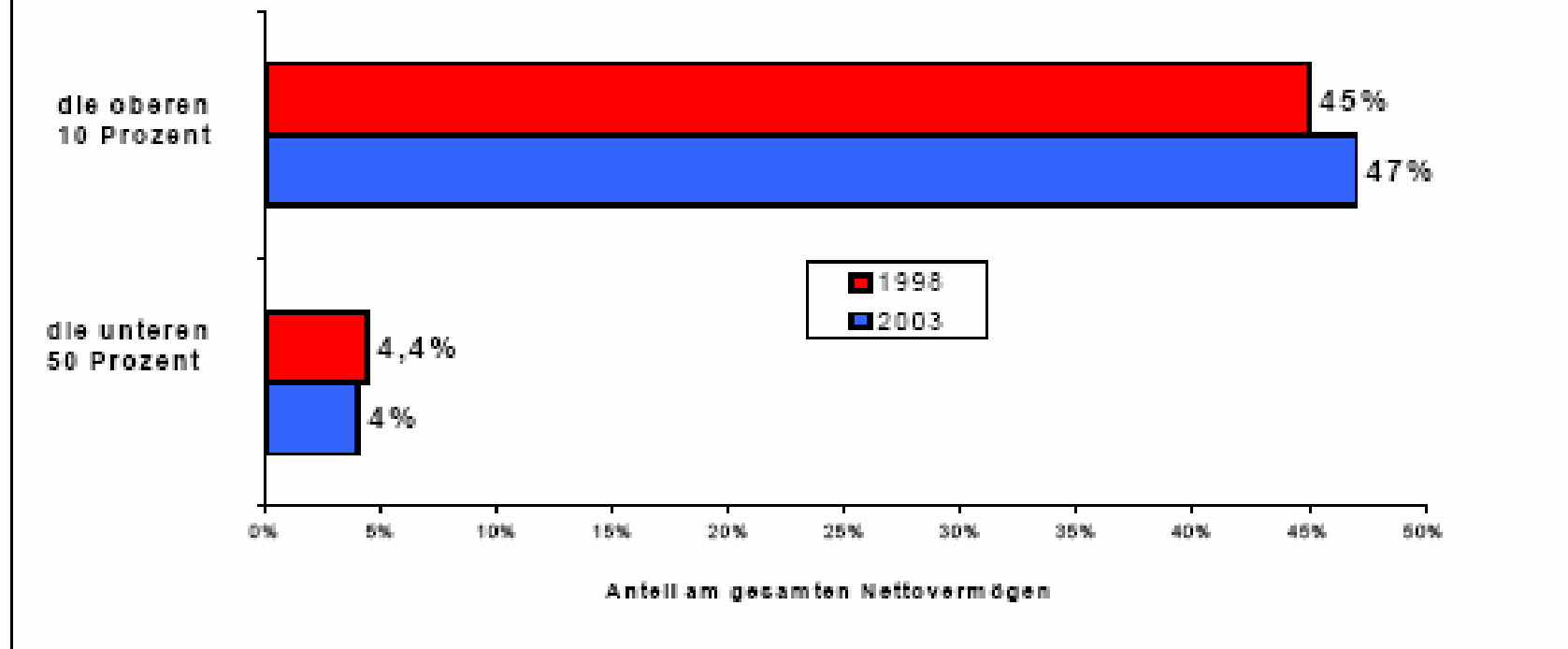
Marsch in den Lohnsteuerstaat Entlastung der Gewinne und Vermögen



Während der Anteil der Lohnsteuern an der Finanzierung des Gemeinwesens gestiegen ist, hat sich der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen in den letzten 25 Jahren halbiert.

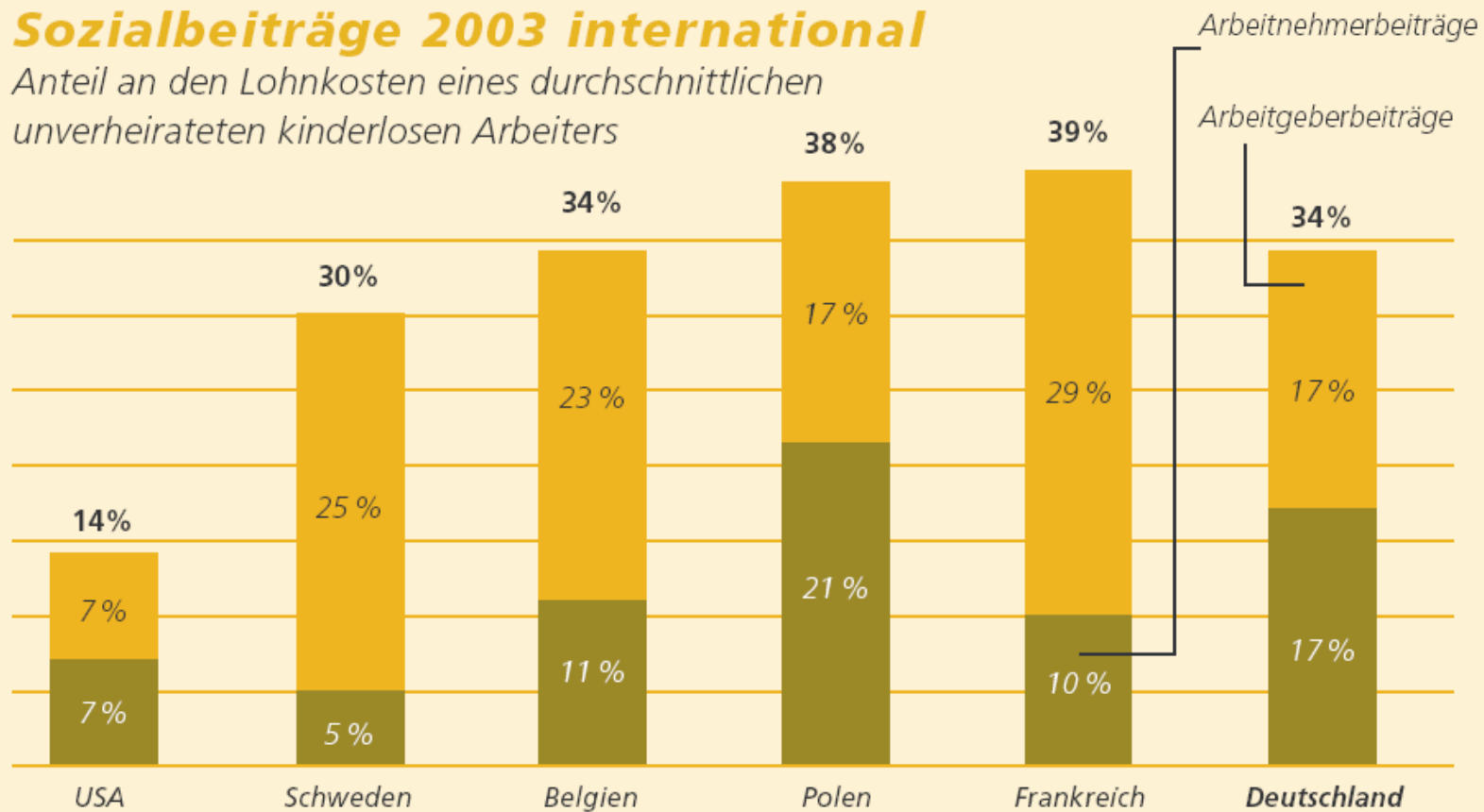
Weitere Umverteilung von unten nach oben

Nettovermögen der Haushalte 1998 und 2003



Sozialbeiträge 2003 international

Anteil an den Lohnkosten eines durchschnittlichen unverheirateten kinderlosen Arbeiters

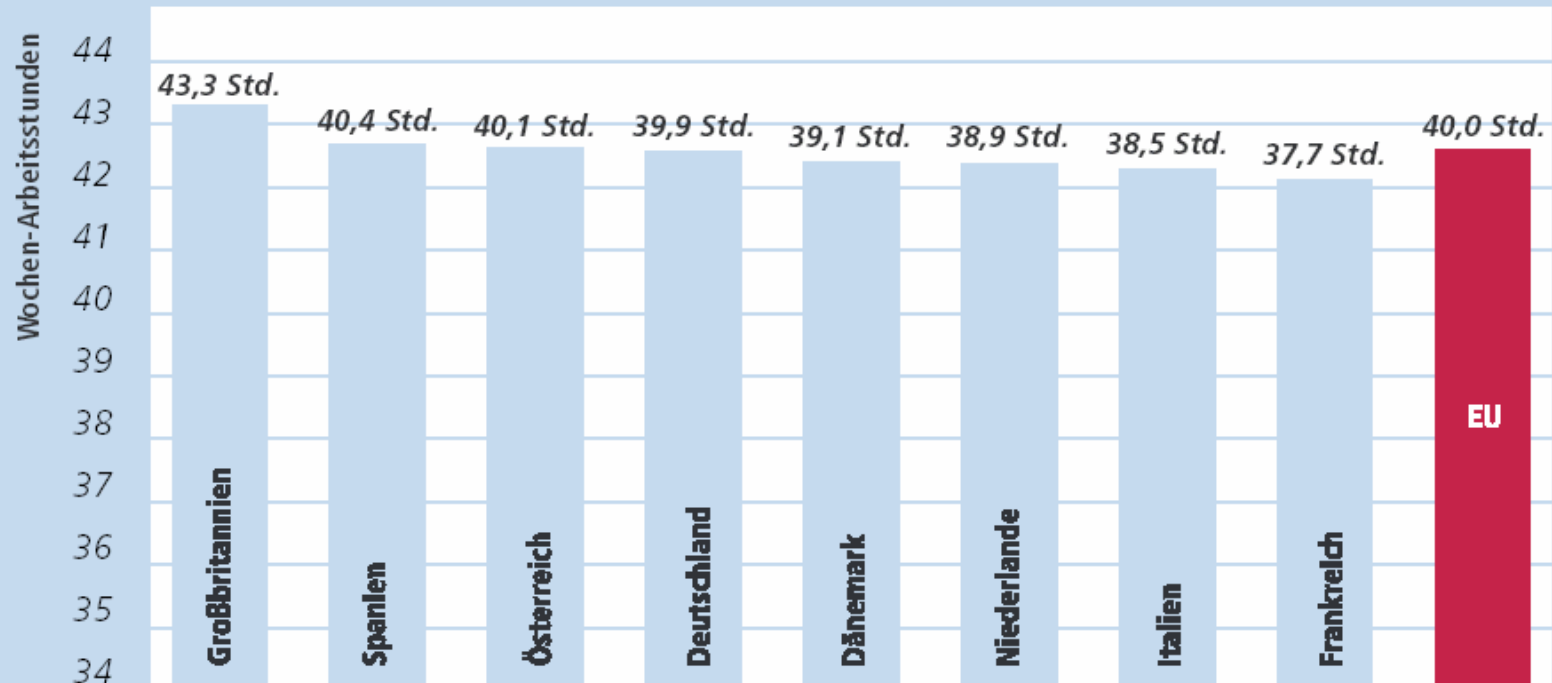


Mehrere europäische Länder haben ebenso hohe oder höhere Sozialbeiträge als Deutschland. Dabei sind häufig die Arbeitgeberbeiträge erheblich höher als die Arbeitnehmerbeiträge.

Lohnpolitischer Verteilungsspielraum und Ausschöpfung

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005**
Produktivität, gesamtwirtschaftlich	1,4%	1,3%	1,3%	1,2%	1,4%
Verbraucherpreise	2,0%	1,4%	1,1%	1,6%	1,6%
Verteilungsspielraum	3,4%	2,7%	2,4%	2,8%	3,0%
Tariferhöhung	2,0%	2,6%	2,3%	2,0%	
Tarifliche Ausschöpfung	-1,4%	-0,1%	-0,1%	-0,8%	
*Steigerung Bruttolöhne und -gehälter je Stunde; **Prognose des DIW					

Wöchentliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten 2002



Die Beschäftigten in Deutschland sind keine Faulenzer. Mit 39,9 Stunden pro Woche liegt die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten nur geringfügig unter dem europäischen Durchschnitt von 40 Stunden pro Woche.

Löhne sind Kaufkraft

- **Durch die Betriebsbrille gesehen erscheinen Löhne nur als Kosten.**
 - **Tatsächlich bestimmen die Löhne jedoch die Massenkaukraft - und damit die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen.**
- ➔ **Die Politik versagt, wenn sie die einzelbetriebliche Sichtweise schlicht auf die Gesamtwirtschaft überträgt.**



Deutschlands Achillesferse: Binnennachfrage

- Weltmeister beim Export und beim Exportüberschuss
- privater Konsum stagniert
- öffentliche Ausgaben sinken, öffentliche Investitionen auf Tiefstand historisch und im internationalen Vergleich
- ganz schwaches Wirtschaftswachstum



ver.di-Alternativen

- **Zukunftsinvestitionsprogramm und mehr soziale Dienstleistungen**
- **Gerechter Steuertarif mit 47% Spitzensteuersatz**
- **Schließen von Steuerschlupflöchern**
- **Effektive Unternehmensbesteuerung**
- **Wiedereinführung der Vermögensteuer und Reform der Erbschaftsteuer**
- **Gemeindefinanzreform**
- **Stärkung statt Abbau des Sozialstaats**
- **Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben in den Sozialversicherungen**
- **Lohnabschlüsse mindestens in Höhe des verteilungsneutralen Spielraumes (Produktivitätszuwachs + Preissteigerung, z.Z. ca. 3 %)**
- **Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung**
- **Mindestlöhne statt Ausbau des Niedriglohnsektors**